

Patienteninformation zum Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung

Identität des Verantwortlichen:

Dr. Tanja Winter, Königstr. 60 in 32427 Minden

Verarbeitungszwecke:

Erbringen von zahnärztlichen und zahntechnischen Dienstleistungen <ul style="list-style-type: none">• Abwicklung des Zahlungsverkehrs• Zahnärztliche Berufsausübung im Sinne des Art. 12• Identitätsfeststellung• Erfüllung eigener gesetzlicher und vertraglicher Informations-, Mitteilungs-, Auskunft-, Aufbewahrungs- und sonstiger Pflichten	<ul style="list-style-type: none">• Abwehr von Haftungsansprüchen• Durchsetzung von eigenen Vertragserfüllungsansprüchen• außergerichtliche und gerichtliche Forderungsbeitreibung für den Fall der Nichtzahlung durch den Patienten (auch über Dritte)
--	---

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung:

Als Rechtsgrundlagen der Verarbeitung kommen in Betracht:

- Das Vorliegen einer Einwilligung gem. Art 6 Abs. 1 c) DS-GVO

Soweit eine solche vorliegt, hat der Betroffene das Recht, diese jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

- Art. 6 Abs. 1 b) DS-GVO und/oder Art. 6 Abs. 1 c) DS-GVO
- Art. 6 Abs. 1 f) DS-GVO, soweit es um die Verfolgung folgender Zwecke geht: Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Identitätsfeststellung, außergerichtliche und gerichtliche Forderungsbeitreibung für den Fall der Nichtzahlung durch den Patienten (auch über Dritte).

Kriterien zur Speicherdauer:

Personenbezogene Daten werden bis zur vollständigen Erreichung des Erhebungszwecks oder – im Falle der Weiterverarbeitung – des Weiterverarbeitungszwecks verarbeitet. Bei vollständiger Zweckerreichung werden die Daten gelöscht, sofern die gesetzlich vorgegebenen Speicherfristen (normalerweise 10 Jahre, Röntgenaufnahmen 30 Jahre) erreicht sind.

Empfänger personenbezogener Daten:

- Factoringunternehmen
- Zahnärztliche Abrechnungsgesellschaften
- Zahntechniker
- Gerichte, Behörden und/oder Vollstreckungsorgane (im Falle der Nichtzahlung von Behandlungshonoraren)
- Drittschuldner
- Sicherungsgeber und -nehmer
- Gläubiger des Betroffenen
- Banken, Auskunfteien
- Vertreter rechts- und wirtschafts-/steuerberatender Berufe

Ihre Rechte als von der Datenverarbeitung Betroffener:

Ihnen stehen folgende Rechte gegenüber unserer Zahnarztpraxis nach Art. 15 bis 22 DS-GVO zu:

- Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und auf Datenübertragbarkeit
- Widerspruchsrecht gegeben bei Verarbeitungen, die auf berechnigte Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten (Art. 6 Abs. 1 f) DS-GVO) gestützt werden

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

- Sie haben gemäß Art. 77 DS-GVO das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht regelgemäß erfolgt. Die Anschrift der für unsere Praxis zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 2-4
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211/38424-0
Fax: 0211/38424-10
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Aufgabe unserer Zahnarztpraxis ist die Erbringung von zahnärztlichen Behandlungsleistungen. Im Rahmen der Erbringung dieser Dienstleistungen müssen Sie diejenigen personenbezogener Daten bereitstellen, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung des Behandlungsverhältnisses und die Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel den Abschluss des Behandlungsvertrages oder die Ausführung konkreter Behandlungseingriffe (mit Ausnahme von Notfallsituationen) ablehnen müssen oder einen bestehenden Vertrag nicht mehr durchführen können und ggf. beenden müssen.

Weiterhin können wir für jeden Fall, dass wir Ihnen gegenüber eine Forderung aus eigenen Rechtspositionen geltend machen und es in diesem Zusammenhang zum Abschluss vertraglicher Vereinbarung zwischen Ihnen als Schuldner und unserer Praxis betreffend die Forderungseinziehung in Form von Vergleichen (bspw. Ratenzahlungsvereinbarungen) kommt, den Abschluss eines Vergleiches von der Bereitstellung spezifischer Informationen (bspw. Bonitäts- und Vermögensauskünfte, Daten zu bestehenden Beschäftigungsverhältnissen, Bankdaten) durch Sie abhängig machen.

Die Nichtbereitstellung dieser Informationen, zu der Sie nicht verpflichtet sind, kann insoweit zum Nichtabschluss derartiger Vereinbarungen mit unserer Praxis führen. Im Sinne größtmöglicher datenschutzrechtlicher Transparenz weisen wir auf etwaige Verpflichtungen zur Bereitstellung von Informationen im Einzelfall vor Durchführung der konkreten Datenerhebungssituation jeweils gesondert hin.